

# AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

6. Dezember 2022

|                                                                         |   |
|-------------------------------------------------------------------------|---|
| <b>Tarifrunde M+E-Industrie:</b> Pro Jahr nur eine halbe Acht .....     | 2 |
| <b>Galeria Karstadt Kaufhof:</b> Abkassiert und zugesperrt .....        | 3 |
| <b>Hartz-Reformen:</b> Das Bürgergeld – Hartz IV mit neuem Namen .....  | 5 |
| <b>Demokratie:</b> Gefängnis ohne Gerichtsurteil. 7                     |   |
| <b>Friedenspolitik:</b> Friedenspreis an Volksverhetzer verliehen ..... | 8 |



Foto: rkl\_foto

## Reallöhne verteidigen!

Am 24. Januar beginnen die Verhandlungen für den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes.

**1** 0,5 Prozent, mindestens 500 Euro! 200 Euro für Azubis! 12 Monate Laufzeit! Das sind die Forderungen von Verdi und GEW in der Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen (TVöD).

Betroffen sind 2,5 Mio. Beschäftigte, die direkt unter den TVöD fallen. Zählt man Beschäftigte mit Arbeitsverhältnissen in „Anlehnung an den TVöD“ sowie die direkten Angehörigen hinzu, sprechen wir von ca. 10 Mio. betroffenen Menschen in Deutschland.

### Reale Lohnverluste

Die offizielle Inflationsrate betrug im Oktober 2021 4,5 Prozent, im Oktober

2022 10,4 Prozent. Die Löhne stiegen im gleichen Zeitraum in zwei Stufen nur um insgesamt 3,2 Prozent. Zusammengerechnet ergibt das einen Reallohnverlust von knapp 12 Prozent.

Und die Preise werden weiter steigen. Für 2023 erwarten die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute im Jahresschnitt ca. 8,8 Prozent Inflation.

Besonders hohe Teuerungsraten gibt es bei Nahrungsmitteln (20,3 Prozent im Oktober 2022) und Energie (43 Prozent im Oktober 2022). Diese Zahlen sind vor allem für Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen entscheidend.

Trotz dieser eindeutigen Fakten sprechen

die kommunalen Arbeitgeber von „unrealistischen Forderungen“. Kein Geld da für diejenigen, die in Krankenhäusern, Kitas, Schulen und Hochschulen, Freizeiteinrichtungen, Schwimmbädern, Kultur- und Begegnungsstätten, sozialen Einrichtungen oder der Gesundheitsvorsorge arbeiten. Verzichten soll, wer Bus, U-Bahn oder Tram steuert, Parks und Stadtgärten pflegt, Menschen mit Energie und Wasser versorgt, Müll entsorgt, bei der Sozialversicherung arbeitet oder Menschen vor Feuer oder Katastrophen schützt.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 3 ►



Foto: Thomas Range

## Pro Jahr nur eine halbe Acht!

Es hat nicht gekracht. Zum Tarifaabschluss in der Metall- und Elektroindustrie.

Der Pilotabschluss von Baden-Württemberg am 18. November in Kürze: Die Entgelte werden in zwei Schritten erhöht: am 1. Juni 2023 um 5,2 Prozent und am 1. Mai 2024 um 3,3 Prozent; es wird eine sogenannte Inflationsausgleichsprämie gezahlt: 1.500 Euro im ersten Quartal 2023 und weitere 1.500 Euro ein Jahr später; für Azubi jeweils 550 Euro; die Laufzeit beträgt 24 Monate. Der Abschluss wurde in Bayern übernommen.

Kolleginnen und Kollegen, seid ihr zufrieden? Plant ihr schon den nächsten Urlaub? Habt ihr schon von eurem Stromversorger die Erhöhung erhalten? Schaut ihr schon verschärft auf die Preise im Supermarkt? Lebensmittel haben sich um 20 bis 30 Prozent verteuert, der Strompreis verdoppelt.

Dagegen bedeutet das Ergebnis der Tarifrunde eine Halbierung unserer Forderungen. Denn die Gewerkschaften stellen immer ihre Forderungen für eine möglichst kurze Laufzeit auf, in der Regel für 12 Monate. Auch die Teuerungsraten werden in den bürgerlichen Statistiken über ein Jahr gerechnet. Nun sollen den Metallern für 24 Monate die Hände gebunden sein, um weiteren Inflationsschüben durch den Kampf um mehr Lohn zu begegnen. So sehen das die Kapitalisten.

Es gibt spontane Zufriedenheit mit dem Ergebnis, das gut verkauft wird von den Medien und von der Gewerkschaftsführung:

„8,5 Prozent und 3.000 Euro Einmalzahlung“. Doch was heißt das genau? Bis zur ersten Tabellenwirksamkeit mit 5,2 Prozent vergehen weitere acht Monate. Vergessen wir nicht, vier Jahre sind vergangen seit der letzten Prozenterhöhung. Die zweite wird wirksam erst ein Jahr später mit 3,3 Prozent. Der Reallohnverlust wird auf die Laufzeit und bei gleichbleibender Inflation gesehen über 10 Prozent betragen.

Die Einmalzahlung. So ein Haufen Geld wirkt erstmal gut. Aber auf 24 Monate gerechnet sind das grad mal 125 Euro im Monat. Schaut jetzt mal in euren Brief des Stromversorgers!

So kaufen sich die Kapitalisten frei. Die 2 mal 1.500 Euro wurden nicht erkämpft, sondern in der Konzertierten Aktion mit Regierung, Kapital und Gewerkschaftsführung ausgeheckt. Sie sind nicht tabellenwirksam, gehen nicht in die Rentenversicherung ein. Ein Strohofer, das nach 2 Jahren aus ist.

Die Mobilisierung während dieses Lohnkampfes war ansteigend und machte Mut. In München eine kämpferische Demonstration zum Kapitalistenverband. Bei BMW, MAN oder dem Siemens-Lokwerk

waren die Arbeiter vor dem Tor. 900.000 Kolleginnen und Kollegen legten im ganzen Land für Warnstreiks die Arbeit nieder. Schon nach der ersten Verhandlungsrunde war klar, die Kapitalisten bewegen sich nur, wenn die Arbeiter kämpfen. Die 24-Stunden-Streiks wurden angedroht und vorbereitet, aber nicht angewendet. Warum wurde nicht die Urabstimmung eingeleitet? Hier muss wie immer die Frage gestellt werden, auf wessen Interessen wurde da Rücksicht genommen? Nichts zwang den IG Metall-Vorstand zu diesem Zeitpunkt zu einem Abschluss – außer man sorgte sich um die Profite des Kapitals. Da hat sich der Geist der Konzertierten Aktion durchgesetzt.

Festzustellen ist, die großen Konzerne mit ihren Rekordgewinnen erklärten nach dem Abschluss behäbig, nun „Planungssicherheit“ zu haben. Während die Arbeiter mit dem Inflationsrisiko und dem dürrigen Ergebnis dastehen. Urlaubsplanung? Neue Waschmaschine? Der nächste TÜV?

Doch 24 Monate Waffenstillstand mit dem Kapital müssen nicht sein. Es liegt an euch, Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in Bewegung zu bleiben. Es wird in der IG Metall bald eine Diskussion zu führen sein über eine Nachschlagforderung. Und Tarifverträge sind kündbar!

■ *krm*

Kommunisten sind immer so radikal, heißt es. Aber lest doch mal die Satzung eurer IG Metall, in der als Ziel steht: „Die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“ Dies wäre die Voraussetzung für eine gesamtwirtschaftliche Planung, die den Preistreibern und Lohnräubern einen Riegel vorschiebt. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Die **Vertrauensleute**-Vollversammlung des **Mercedes-Benz**-Werks in Untertürkheim hat den Abschluss am 21. November mit großer Mehrheit abgelehnt. Über ein Dutzend Redner sprachen sich gegen das Ergebnis aus. Auch die Anwesenheit und viele Gegenreden des baden-württembergischen Bezirks- und Verhandlungsleiters Roman Zitzelsberger konnte die ablehnende Stimmung nicht kippen.

Fortsetzung von Seite 1  
**Reallöhne verteidigen**

Während uns der Verzicht gepredigt wird, stieg die Zahl der Millionäre in Deutschland 2021 um 100.000 auf mehr als 1.630.000.

Bei den 40 DAX-Konzernen sprudeln die Gewinne. Im dritten Quartal von Juli bis Ende September legten deren Umsätze um 23 Prozent zu, die Gewinne sogar um 28 Prozent. Die Manager erhöhten ihre Gehälter 2021 um 24 Prozent auf 4 Mio. Euro im Durchschnitt und verdienten damit 53-mal so viel wie ihre durchschnittlichen Beschäftigten (2020 war es noch das 47-fache). Die Dividenden der DAX-Unternehmen betrugen 2022 51 Mrd. Euro und sind damit 41 Prozent höher als 2021.

Mit dem Ziel, Deutschland zu einer „militärischen Führungsmacht in Europa“

zu machen, wird für die Hochrüstung ein 100-Mrd.-Sonderprogramm aufgelegt und die Erhöhung des jährlichen Rüstungsetats von aktuell schon über 50 Mrd. auf zwei Prozent des BIP angepeilt (+50 Prozent).

**Gemeinsam stark!**

Am 24. Januar beginnen die Verhandlungen für den TVöD. Bis dahin wird in den Betrieben informiert und mobilisiert.

Beharren wir auf den notwendigen Steigerungen unserer Tabellenlöhne. Lassen wir uns nicht verarschen und Lohnsteigerungen abkaufen durch einmalige Zahlungen, die uns langfristig teuer zu stehen kommen.<sup>1</sup>

Wir sind keine Bittsteller. Was vor 150 Jahren in den Anfängen der Arbeiterbe-

wegung galt, gilt auch heute: Wenn wir es wollen, „stehen alle Räder still“.<sup>2</sup>

Im Januar beginnen auch die Tarifaussinandersetzungen zum Tarifvertrag Nahverkehr und zum Tarifvertrag bei der Deutschen Post. Damit können Millionen Kolleginnen und Kollegen ein starkes Signal in die gesamte Gesellschaft senden.

Wir zahlen nicht für ihre Krisen und Kriege! ■ mif

<sup>1</sup> Durch Einmalzahlungen erhöhen sich die Tabellenlöhne nicht, sind nicht sozialversicherungspflichtig und damit auch nicht rentenwirksam.

<sup>2</sup> 1863 zur Gründung der weltweit ersten sozialdemokratischen Partei, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, hat der Dichter Georg Herwegh ein Lied geschrieben mit folgenden Zeilen: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“



Kapitalistische Verhältnisse geben keine Sicherheit: Die Kolleginnen und Kollegen bei Galeria Karstadt Kaufhof erneut gefordert.

Foto: verdi

## Abkassiert und zugesperrt

Millionen Steuergelder vernichtet, auf Millionen Lohn verzichtet – weitere Kolleginnen und Kollegen werden bei Galeria Karstadt Kaufhof in die Erwerbslosigkeit gefeuert.

Jahrzehntelang ist er morgens in die Arbeit gegangen. Und abends wieder raus. „Ich war so gut wie nie krank, habe 1975 meine Lehre im DEZ-Kaufhof begonnen und habe meine ganze Arbeitskraft dem Konzern gegeben.“ Der Regensburger Werner Hehl hat 45 Jahre beim Kaufhof gearbeitet, die meiste Zeit davon im Donau-Einkaufszentrum (DEZ) in Regensburg. Jetzt hat er Arbeitslosengeld I – und gegenüber seinem früheren Unter-

nehmer einen nachweislichen Anspruch von 100.000 Euro. Brutto. Seit dem 30. Juni 2020, als er den Kaufhof verlassen musste. Doch das bringt ihm wenig: Denn Hehl ist mit seinen 63 Jahren Opfer des Insolvenzrechts und sah bis heute keinen Cent. Die Geschichte ist nachzulesen in der *Mittelbayerischen Zeitung*. (mittelbayerische.de, 26. November 2022) Er ist nicht der Einzige. Und wird nicht der Einzige bleiben. Wieder soll ein Drittel der

noch existierenden Filialen geschlossen werden. Wieviel der rund 17.400 Kolleginnen und Kollegen betroffen sind, ist noch nicht fixiert. In München wird GKK (Galeria Karstadt Kaufhof) vermutlich nur die Filiale am Marienplatz halten, den Standorten am Rotkreuzplatz, im Olympia-Einkaufszentrum und in der Leopoldstraße droht das Aus wie bereits zuvor den Fili-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4 ■

■ Fortsetzung von Seite 3

## Abkassiert und zugesperrt

alen am Stachus und Nordbad. Zwischen Hauptbahnhof und Stachus (früher Hertie) wird bereits umgebaut. Für mehrere 100 Millionen Euro wird die Umwandlung in einen vom britischen Stararchitekten David Chipperfield, entworfenen „Glaspalast“ (BR24, 8. Februar 2022) vorangetrieben. Büros und Gastronomieflächen sollen entstehen, die Handelsflächen reduziert werden.

Wenn Reimund Baumheier, früher Geschäftsführer am Münchner Marienplatz, eine Galeria-Filiale betritt, packt ihn die Verzweiflung. „Das sind doch schon lange keine Warenhäuser mehr“, schimpft er. „Das sind für den Immobilieneigentümer optimierte Mietflächen.“ Was Galeria selbst hochtrabend den „vernetzten Marktplatz der Zukunft“ nennt, ist für ihn ein seelenloser Flickenteppich an Marktständen ohne Gesamtkonzept. Und das Schlimmste: Es werde nicht mehr beraten. „Für die sind Mitarbeiter ein Kostenfaktor, für uns waren sie früher Umsatzbringer“, so Baumheier. (Handelsblatt.com, 25. November 2022)

Bauherr ist die Signa-Gruppe des Rene Benko (Auf Draht berichtete). Im vergangenen Jahr hat die Signa Holding einen Überschuss von gut einer halben Milliarde Euro erwirtschaftet – nach rund 308 Millionen im Vorjahr. Einschließlich Gewinnvortrag wird ein Bilanzgewinn von 2,3 Milliarden Euro ausgewiesen. „Das sind Zahlen, von denen andere Unternehmen träumen“, meint die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und überschrieb den Artikel mit „Eine Geldmaschine namens Signa.“ (FAZ.net, 22. November 2022)

„Reicher Mann und armer Mann  
Standen da und sahn sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
,Wär ich nicht arm, wärest du nicht  
reich‘.“  
Bert Brecht

„Die exogenen Faktoren, die durch den Ukraine-Krieg auf Rekordniveau gestiegene Inflation, die um ein Vielfaches gestiegenen Energiepreise haben aber inzwischen zu erneut hohen Frequenzverlusten in den Innenstädten und einer historisch negativen Konsumstimmung und damit allgemeinen Kaufzurückhaltung der Kunden geführt. Die nach dem ersten Schutzschirm vorhandenen liquiden Mittel konnten aufgrund dieser Faktoren nicht ansatzweise im geplanten Umfang in die dringend notwendige Neugestaltung der Filialen und Abläufe bei Galeria investiert werden.“ So begründet der GKK-Vorstandsvorsitzende Miguel Müllenbach die erneute Insolvenz. (FAZ.net, 1. November 2022)

Nebenbei eine Klatsche für den Doktor der Philosophie im Wirtschaftsministerium, der kürzlich wie gewohnt die Folgen der irrsinnigen Sanktionspolitik gegen Russland in der ARD-Sendung *Maischberger* herunterspielte. Auf die Frage, ob er mit einer Insolvenz zelle am Ende dieses Winters rechne, antwortete Habeck: „Nein, das tue ich nicht. Ich kann mir vorstellen, dass bestimmte Branchen einfach erstmal aufhören zu produzieren.“ Als Beispiel nannte er Blumenläden, Bioläden und Bäckereien, weil diese Läden „darauf angewiesen sind, dass die Menschen Geld ausgeben.“ Solche Betriebe hätten dann wirkliche Probleme, weil es eine Kaufzurückhaltung gebe. „Dann sind die nicht insolvent automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen“, so Habeck. GKK, Herr Doktor, hört nun einfach auf zu verkaufen!

680 Millionen Euro Steuergelder aus dem während der Corona-Pandemie aufgelegten Wirtschaftsstabilisierungsfond in den Wind geblasen. Und nicht nur das. Dazu kommt der Eigenanteil der Kolleginnen und Kollegen: Bereits im Schutzschirmverfahren von 2020 hatten sie Filialschließungen und Arbeitsplatzabbau sowie eine Bezahlung deutlich unterhalb des Flächen-Tarifvertrags hingenommen und ihrem Kapitalisten so etliche Millionen Euro für die Rettung des Unternehmens zur Verfügung gestellt. Umsonst. Denn diesen mit Verdi abgeschlossenen Integrations- und Überleitungsvertrag hat das

Unternehmen im Oktober 2022 gekündigt.

Wer kann sich diesen Irrsinn des Systems leisten? Wir? Eher nicht! „Für Verdi und die Gewerkschaften insgesamt muss daraus folgen, dass wir uns in der Auseinandersetzung mit den Großkonzernen nicht im Klein-Klein verlieren oder uns den Fesseln unternehmensfreundlicher Gesetze beugen dürfen. Dabei darf Vergesellschaftung kein Tabu sein“, kommentierte Orhan Akman (siehe auch Kasten unten) kürzlich die Ereignisse. (junge Welt, 26. November 2022) ■RW

In der Auf Draht vom 13. September berichteten wir über den Rauswurf des Kollegen Orhan Akman, Bundesfachsekretär für den Einzelhandel und u. a. Verhandlungsführer von Verdi bei den Tarifverhandlungen mit dem GKK-Management. Nun hat sich auch der Bezirksvorstand von Verdi-München zu Wort gemeldet und an den Bundesvorstand geschrieben:

„(...) der ver.di Bezirksvorstand München hat in seiner Sitzung am 12.10.2022 zur Kündigung von Orhan Akman folgendes einstimmig beschlossen:

Der Vorstand des ver.di-Bezirks München (...) fordert den Bundesvorstand auf:

- die gegen Orhan Akman ausgesprochenen Ermahnungen und Kündigungen umgehend zurückzunehmen,
- das Gespräch mit Orhan Akman zu suchen und mit ihm unter Einbeziehung des Gewerkschaftsrates in Diskussion über den Weg der ver.di aus der Krise einzutreten (...)

Begründung: (...) Hintergrund des Konflikts ist Orhan Akmans Kritik an der Arbeitsweise insbesondere der Bundesfachbereichsleiterin Handel. Diese wird Orhan Akman nun als Illoyalität angekreidet. Seit mehr als 20 Jahren (etliche davon in München) leistet Orhan Akman ausgezeichnete Arbeit als politischer Sekretär unserer Gewerkschaft. (...) Die Organisation bräuchte mehr Sekretäre wie Orhan Akman.“

- ☐ Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- ☐ Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- ☐ Ich will die Gruppe **KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München



Foto: Jonas Welberg

## Das Bürgergeld – Hartz IV mit neuem Namen

*Es sollte eine große Reform und die Hartz-IV-Gesetze endlich überwunden werden.*

Zumindest SPD und Grüne behaupten dies. Nicht mehr Sanktionen mit Kürzungen der Gelder und dem Zwang, jeden noch so miesen Job anzunehmen, nicht mehr Entrechtung sollten bestimmend sein, sondern partnerschaftliche Zusammenarbeit und Weiterbildung der Erwerbslosen, um sie auch in Jobs außerhalb des Billiglohnssektors vermitteln zu können. Schließlich fehlen Fachkräfte in allen Bereichen.

Vom hart Ersparten sollte wesentlich weniger genommen werden als die Hartz-IV-Regelungen es vorsahen.

Aus der großen Reform wird nichts. Schon der Gesetzentwurf der Regierungskoalition war äußerst bescheiden. Eine schäbige Erhöhung der Regelsätze um 53 Euro nach drei (!) Euro Erhöhung Anfang dieses Jahres – es war klar, dass dies die wachsenden Schlangen vor den Tafeln nicht verkürzt, die Armut noch größer wird. Schließlich steigen die Preise der Lebensmittel um bis zu über 20 Prozent. Mindestens 200 Euro mehr forderten deshalb *Die Linke* und Wohlfahrtsverbände.

Auch ein Bürgergeld ohne Sanktionen war nur für das erste halbe Jahr vorgesehen. Dann sollten Sanktionen wieder möglich werden.

### **Altbekannte Hetze**

Doch nun ist auch von diesem Gesetzesentwurf kaum noch etwas geblieben. Das

„Fordern“ müsse mehr betont werden, ätzten CDU/CSU und selbstverständlich auch die AfD. „Arbeit müsse sich lohnen“ empörten sich diejenigen, die noch vor kurzem der Erhöhung des Mindestlohns nicht zugestimmt haben. Schließlich seien es Steuergelder der Arbeiter, mit denen das Bürgergeld bezahlt werde, versuchten sie Arbeiter mit Job gegen Arbeiter ohne Job aufzuhetzen. Und auch der Kapitalvertreter Dulger, Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, entdeckte sein Herz für die Arbeiter und meinte, das geplante Bürgergeld sei eine „schallende Ohrfeige für Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen“ (Süddeutsche Zeitung, 22. November 2022). Dass die Arbeiter Tag für Tag, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt den unermesslichen Reichtum einer winzigen Schicht von Müßiggängern erarbeiten, das Kapital der Kapitalisten vermehren, davon war selbstverständlich nicht die Rede.

Da der Bundesrat mit einer Mehrheit von CDU-geführten Bundesländern diesem Gesetz zustimmen muss, konnte die Union die Ampelkoalition unter Druck setzen. Diese knickte so weit ein, dass selbst Herr Merz erstaunt war. Das sog. Schonvermögen, das auf Bürgergeld Angewiesene behalten dürfen sollten, wurde erheblich gekürzt. Es darf auch vom ersten Tag des Leistungsbezugs wieder sanktioniert, das Bürgergeld um bis zu 30 Prozent gekürzt werden, sollte es sich jemand erlauben,

nicht zu kooperieren. Und das kann z.B. auch bedeuten, einen angebotenen Job nicht annehmen zu wollen, weil er der Qualifikation nicht entspricht oder ein Zeitarbeitsjob ist. Da nützt es nichts, wenn die SPD beteuert, der Kern des neuen Bürgergeldes, die Menschen aus- und weiterzubilden, sei doch erhalten geblieben. Nein, das Bürgergeld erfüllt weiterhin den Zweck von Hartz IV im Sinne des Kapitals: Mit der stets vorhandenen Bedrohung, die minimalen Gelder auch noch gekürzt zu bekommen und dann nicht mehr zu wissen, wie man sein Leben bezahlen soll, können die erwerbslos gewordenen Arbeiter bei Bedarf weiterhin in Billigjobs und Zeitarbeitsfirmen gedrängt werden. BMW, MAN und wie sie alle heißen, haben weiterhin Zeitarbeiter zur Verfügung, die sie nach ihren Kapitalbedürfnissen heuern und feuern können. Die kaum wagen können, den Mund aufzumachen, weil sie nicht wissen, ob sie dann morgen ihren Job im Betrieb noch haben. Die Spaltung der Belegschaften in den Betrieben bleibt so erhalten – ein Segen für das Kapital.

Es ändert sich nichts in diesem Land zugunsten der Arbeiter, wenn sie es nicht selbst erkämpfen. ■ gr



**Griechenland, 9. November:** Die klassenkämpferische Gewerkschaft PAME hatte für einen Generalstreik mobilisiert. Die Resonanz war so groß, dass sich auch andere Gewerkschaften beteiligen mussten. In über 75 Orten in Griechenland gingen streikende Arbeiter, Bauern und andere Selbstständige, Schüler und Studenten auf die Straße. Sie forderten Lohnerhöhung in allen Bereichen, Abschaffung der Mehrwertsteuer, sofortige Senkung der Preise für Güter des Grundbedarfs. Sie begehrten auf gegen Frieren und Hungern zugunsten der Profite und gegen die Kriegsgefahr. Im Bild links der mit Streikenden überfüllte Syntagma, der zentrale Platz in Athen vor dem Parlament.

## So antworten die Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern auf die Angriffe von Regierung und Kapital: **Streik!**



**Belgien, 9. November:** Ein Generalstreik legte Belgien weitgehend lahm. Auch hier forderten die Arbeiter eine Deckelung der Strom- und Gaspreise, eine Senkung der Preise insgesamt und die Änderung eines Gesetzes, das die gewerkschaftlichen Möglichkeiten bei Tarifverhandlungen stark beschneidet. Der Streik war auch eine Antwort auf die Forderung der Kapitalisten, die an die Inflation gekoppelte Lohnerhöhung, eine erkämpfte Regelung in Belgien, dieses Jahr auszusetzen. Streikende stellten sich auch vor die Werkstore von BASF, Bayer, Evonik, Lanxess und Total.



**Frankreich, 10. November:** Mehr als 100.000 Menschen sind dem Aufruf der linken Gewerkschaft CGT zum Generalstreik gefolgt. Er richtet sich vor allem an die Arbeiter von Post, Verkehrs- und Gesundheitswesen sowie Schulen. Es war bereits der vierte Generalstreik innerhalb der letzten sechs Wochen. Die Kolleginnen und Kollegen fordern höhere Löhne, Sozialleistungen und Renten sowie mehr Unterstützung für die Studierenden.



**Großbritannien, 10. November:** Die größte Gewerkschaft der Krankenpflegerinnen und -pfleger in Großbritannien teilte mit, dass sich ihre Mitglieder in der Urabstimmung für einen Streik ausgesprochen haben, der noch vor Weihnachten beginnen soll. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass in diesem Bereich gestreikt wird. Die Gewerkschafter fordern fünf Prozent mehr Lohn über der Inflation (derzeit 12 Prozent) sowie Maßnahmen gegen unbezahlte Überstunden, um so auch dem Personalmangel zu begegnen. Auch in anderen Bereichen geht die seit Frühsommer andauernde Streikwelle weiter (Auf Draht berichtete). Die Hafenarbeiter von Liverpool können nun einen Abschluss von 14 bis 18 Prozent Lohnerhöhung feiern, nachdem sie als Antwort auf ein Angebot von 11 Prozent wieder in den Streik getreten sind. (Zeitung der Arbeit, 19. November 2022)

# Gefängnis ohne Gerichtsurteil

Wenn ein Verkehrsstau zu einer „drohenden Gefahr“ wird.

Im Mai 2018 demonstrierten in viele bayerischen Städten Tausende gegen die Verabschiedung eines neuen Polizeiaufgabengesetzes in Bayern, allein in München waren es 40.000. Es war und ist das schärfste Polizeiaufgabengesetz bundesweit mit einer ungeheuren Erweiterung der Befugnisse der Polizei und in Folge einer ebenso ungeheuerlichen Einschränkung demokratischer Rechte. Unter anderem wurde festgelegt, dass Menschen, von denen nach Meinung der Polizei und eines Richters eine „drohende Gefahr“ ausginge, ohne Gerichtsurteil und ohne eine konkrete Straftat begangen zu haben ins Gefängnis geworfen werden können, und zwar praktisch unbefristet. Wann eine Gefahr „droht“ ist in dem Gesetz nicht konkret festgelegt. Damit ist der Willkür der Polizeiorgane und eines Richters, unliebsamen Protest wegzusperren, Tür und Tor geöffnet. Es ginge nur um Terroristen und sonstige Extremisten, um die Verhinderung terroristischer Anschläge, um die Sicherheit der Bürger, geiferte damals

die CSU-Staatsregierung und warf den Organisatoren der Proteste „Lügenpropaganda“ vor.

Der hör- und sichtbare Protest hatte damals zumindest einen kleinen Erfolg: Die Staatsregierung musste die Präventivhaft auf zunächst 30 Tage befristen, mit der Möglichkeit der Verlängerung um weitere 30 Tage. Doch die Möglichkeit der Polizeiorgane, bereits bei „drohender Gefahr“ Menschen ins Gefängnis zu werfen, blieb.

## Die drohende Gefahr eines Staus

Nun beweist die bayerische Polizei gerade, dass diese Maßnahmen jeden treffen können. Denn ruck zuck werden aktuell Menschen ohne Gerichtsprozess und ohne ein entsprechendes Urteil ins Gefängnis geworfen. Es sind Menschen, die sich am Stachus am Boden festgeklebt haben, um die Öffentlichkeit für ihr Anliegen, sofort alles zu tun, um die Klimaerwärmung aufzuhalten, aufzurütteln. Die Begründung der Polizei für diese Präventivhaft: Sie könnten sich gleich wieder festkleben. Die

davon ausgehende Gefahr für die Münchner Bürger: Ein Verkehrsstau, was ja nun nichts Ungewöhnliches ist in dieser Stadt und übrigens durch jede große Demonstration verursacht wird. Also vorbeugend die Organisatoren einsperren?

Es ist nicht einmal gesagt, dass dieses Verhalten strafbar ist. Straßenblockaden sind selbst nach den hier geltenden Gesetzen nicht automatisch ein Verbrechen, weshalb die CDU auf Bundesebene ja wieder einmal weitere Gesetzesverschärfungen fordert. Doch in Bayern wird bereits eingesperrt.

In Zeiten der Kriegsvorbereitungen, der zunehmenden Verarmung großer Teile der Arbeiterklasse, des Herunterwirtschaftens von Schulen und Krankenhäusern, wird schon einmal klar gemacht, dass jeder Protest, der die sog. öffentliche Ordnung stört, möglichst schon im Vorfeld unterbunden wird. ■gr

## Anzeige

## 50 Jahre UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Kommunistische  
Standpunkte,  
marxistische Analysen –  
Woche für Woche.

6 Wochen  
kostenlos  
testen!  
Digital &  
Print

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) • [www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)  
E-Mail: [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928



## Kein Stau in der BMW-Welt

Diesmal hatten sie keinen Stau verursacht. Das Ziel einer Gruppe der *Scientist Rebellion* war am 30. Oktober ein Symbol des Protzkapitalismus und seines Verkehrssystems. In der BMW-Welt war ein Luxus Schlitten zum Listenpreis von 170.000 Euro mit Farbe übergossen worden. Dann klebten sich die Aktivisten an die Karosse. Sehr moderat ihre Forderungen: Tempo 100 und 9-Euro-Ticket. (Süddeutsche Zeitung, 31. Oktober 2022) Bald darauf erschienen in Twitter die Kommentare der BMW-Liebhaber. Menschenverachtend und als Tipp für die Polizei: „Seitenschneider statt Lösungsmittel!“

Die Polizei meldete Vollzug. Das Bayerische Polizeiaufgabengesetz sieht allerdings keine Seitenschneider vor. Alle 13 wurden in so genannte Präventivhaft verbracht. Es ermöglicht aber bis zu 30 Tage Haft, durch einen Richter immer wieder zu verlängern.

Die Aktivisten erklärten in einer Pressemitteilung, dass die tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der BMW-Flotte über den gesamten Lebenszyklus hinweg 80 Prozent höher seien als angegeben. Doch BMW tröstet auf seiner Webseite: Die Innenverkleidung seiner Premium-Schüsseln wird aus recycelten Fischernetzen hergestellt. Na, ist das nichts? ■krm  
(Scientist Rebellion, engl.: Wissenschaftlerrebellion)

**AufDraht**

Herausgeber:

**DKP München & Gruppe KAZ**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München  
Mail: [auf.draht@gmx.de](mailto:auf.draht@gmx.de)

<https://dkp-muenchen.de> • [www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de)  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

# Spieglein, Spieglein an der Wand

Ein Volksverhetzer erhält den Friedenspreis des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.

Seit 1950 verleiht der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Berufsorganisation der Verlage und Buchhandlungen in Deutschland, einen Friedenspreis. „Im Friedenspreis wird die Verpflichtung des Buchhandels, mit seiner Arbeit der Völkerverständigung zu dienen, eindrucksvoll sichtbar. Niemals fand ein von einem Berufsstand entwickelter und praktizierter Gedanke solch weltweite Anerkennung“, so die Selbstbeschreibung. So weit, so gut.

Seit Monaten findet ein bewaffneter Konflikt in der Ukraine statt, der eine lange – vor dem Februar 2022 liegende – Vorgeschichte hat, eine von den USA und der Bundesrepublik unter Inanspruchnahme faschistischer Kräfte befeuerte Auseinandersetzung zwischen ukrainischen Bürgern über die Zukunft der Ukraine. Die USA und Deutschland wollen und wollten die Ukraine unter ihren Machtbereich bringen, als Vorposten und Brückenkopf gegen Russland. Eine der ersten Aktionen zur Einflussnahme in der Ukraine war die sogenannte Orangene Revolution im Herbst 2004. „65 Millionen Dollar an US-

Steuergeldern fließen seit 2002 allein vom US-Außenministerium für die Wahl in der Ukraine (...) „Wir wissen nicht genau, wie viele Millionen oder Dutzende Millionen Dollar die Regierung der USA für die Präsidentenwahl in der Ukraine ausgegeben hat“, bemängelt der republikanische Abgeordnete Ron Paul in Washington: „Aber wir wissen, dass der Großteil des Geldes zur Unterstützung eines bestimmten Kandidaten gedacht war“ – Wiktor Juschtschenko.“ (Der Spiegel, 13. November 2005). Juschtschenko war der Kandidat des Westens, der mit Nachdruck den Beitritt der Ukraine in die NATO betrieb. (Focus Online, 24. August 2008) Mittendrin und von Anfang an dabei in dieser auch von Faschisten geführten und gegen Russland gerichteten Bewegung: Serhij Zhadan.

Zhadan lebt in Charkiw. In seinem aktuellen Buch „Himmel über Charkiw“ bezeichnet Zhadan die Russen als „Horde“, „Verbrecher“, „Tiere“, „Unrat“. Und es geht weiter: „Die Russen sind Barbaren, sie sind gekommen, um unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Bildung zu vernichten.“ Er

schreibt: „Brennt in der Hölle, ihr Schweine.“ Dafür wurde er mit dem Friedenspreis ausgezeichnet.

Laudatorin war Sasha Marianna Salzmann, die in anderem Zusammenhang 2018 bemerkte: „Sprache ist unser aller Spiegel, sie zeigt, wer wir sein wollen und wie wir zueinanderstehen.“ (Die Zeit, 7. Juni 2018) Nicht nur Serhij Zhadan sollte in den Spiegel schauen – v. a. die Jury des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. ■RW

Am 4. November stimmte die Bundesrepublik erstmals gegen eine **UN-Resolution**, die sich gegen Faschismus und Rassismus wendet. Diese Resolution drückt „tiefe Besorgnis über die Verherrlichung der Nazibewegung, des Neonazismus und ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS in jeglicher Form aus, einschließlich der Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten und der Durchführung öffentlicher Demonstrationen im Namen der Verherrlichung der Nazivergangenheit, der Nazibewegung und des Neonazismus“. Es fordert die Staaten außerdem auf, jegliche Feierlichkeiten zu Ehren des Naziregimes, seiner Verbündeten und der mit ihm verbundenen Organisationen zu verbieten. Tiefe Besorgnis wird über Fälle geäußert, in denen Denkmäler für Kämpfer gegen das Naziregime geschändet oder abgerissen werden. Die Resolution wird seit Jahren eingebracht und in der Vergangenheit enthielt sich die BRD immer der Stimme. Nun die Kehrtwende der Bundesregierung. Die BRD stimmte dagegen. Man hat schließlich Werte! ■RW

Liebe Leserinnen und Leser, wie ihr wisst, wird alles teurer, so auch die Herstellung der Auf Draht. Doch gerade in dieser extrem krisenhaften Entwicklung, in diesen Zeiten der enormen Teuerung und damit Verschärfung der Ausbeutung, der Aufrüstung und Kriegshetze ist es wichtig, der bürgerlichen Hetze vor den Betrieben etwas entgegenzusetzen und unseren Beitrag zur Organisation des Widerstandes zu leisten.

Deshalb bitten wir euch um eine Spende. Gleichzeitig bedanken wir uns bei allen, die uns im letzten Jahr auf diese Weise unterstützt haben. Danke auch für Lob und Kritik an unserer Arbeit.

Nachdem es inzwischen einige Freunde gibt, die die „Auf Draht“ lieber am Computer lesen, können wir euch das Angebot machen, sie per Email zu schicken. Wer das möchte, kann uns eine kurze Nachricht mit seiner Email-Adresse zukommen lassen: Auf.Draht@gmx.de Hier nehmen wir auch gerne Lob und Kritik an.

Wir hoffen, dass Ihr weiterhin die Informationen und Einschätzungen durch die „Auf Draht“ für euch und für Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen gut brauchen könnt.

Mit solidarischen Grüßen  
Die Redaktion

Bankverbindung:  
K. Kaiser, Postbank München  
IBAN: DE 20 7001 0080 0442 3758 01  
Stichwort: Auf Draht

P.S.: Um den Datenschutzbestimmungen Genüge zu tun.  
Wir bestätigen euch, dass eure (Email-) Adresse nur für den Versand der „Auf Draht“ verwendet wird. Jeder kann jederzeit verlangen, dass seine Adresse gelöscht wird.

Anzeige

## KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Die aktuelle KAZ-Ausgabe 381 vom November 2022 ist unter [www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de) veröffentlicht und auch als

Druckversion verfügbar. Titelseite:

**Berlin 2022**

**100 000 000 000**

und weitere Artikel u.a.:

**Solidarität mit dem Selenskij-Regime?**

erscheint vierteljährlich  
Einzelheft: 1,50 Euro  
Jahresabo: 10,00 Euro  
gruppeKAZ@kaz-online.de  
[www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de)  
Gruppe Kommunistische  
Arbeiterzeitung (KAZ)  
Postfach 120262  
90109 Nürnberg